Sitzungsprotokoll

über die am Donnerstag, dem 13. Juli 2006 um 19.30 Uhr im Volkshaus abgehaltene

13. Gemeinderatssitzung.

Beginn: 19.35 Uhr

Ende: 22.09 Uhr

Anwesend: Bgm. Hans-Jürgen Resel
Vizebgm. Ewald Beigelbeck
Gf.Gde.Rat Maria Gruber
Gf.Gde.Rat Alois Eder
Gf.Gde.Rat Franz Schönbichler
Gf.Gde.Rat Josef Motusz
Gf.Gde.Rat Hubert Lechner
Gde.Rat Andreas Hürner
Gde.Rat Eveline Hörmann
Gde.Rat Ignaz Resel
Gde.Rat Josef Schießl
Gde.Rat Maria Engel
Gde.Rat Ernst Riedl
Gde.Rat Kurt Starkl
Gde.Rat Hermann Buresch
Gde.Rat Ing. Johannes Eßmeister
Gde.Rat Marion Löcker
Gde.Rat Erich Wolf

Vorsitz: Bgm. Hans-Jürgen Resel

Entschuldigt: Gf.Gde.Rat Franz Maierhofer
Gf.Gde.Rat Ing. Gerald Aichwalder
Gde.Rat Karl Brader
Gde.Rat Karl Schmoll
Gde.Rat Anton Hackl

Unentschuldigt: -

Schriftführer: VB Franz Prankl

Die Sitzung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 01 Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls.
- 02 Beratung und Beschlussfassung über Wahrung der öffentlichen Interessen; Fa. Schneck - Kieszwischenlager, Abstellplätze für LKW und PKW in der Oberndorfer Straße.
- 03 Beratung und Beschlussfassung über Wahrung der öffentlichen Interessen; Handelszentrum ÖKO REAL GmbH. in Ruprechtshofen.
- 04 Beratung und Beschlussfassung betreffend Absichtserklärung zur Teilnahme am Förderprogramm LEADER.

- 05 Beratung und Beschlussfassung über eine Vereinbarung mit dem Gemeindeverband betreffend Altstoffsammelzentrum.
- 06 Beratung und Beschlussfassung über eine Auftragsvergabe im Zusammenhang mit der Sanierung des Hochbehälters Riegers.
- 07 Genehmigung einer Vereinbarung betreffend Erdaushubdeponie.
- 08 Genehmigung von Veranstaltungen im Schlosspark.
- 09 Beratung und Beschlussfassung über die Übernahme einer Wehranlage.
- 10 Beratung und Beschlussfassung über Nachmittagsbetreuung von Volksschulkindern im Kindergarten sowie Neufestsetzung von Elternbeiträgen.
- 11 Beratung und Beschlussfassung über Subventionsansuchen.
- 12 Berichte der Ausschussobleute.

Nichtöffentliche Sitzung:

- 13 Personalangelegenheiten.
- 14 Beratung und Beschlussfassung über Grundstücksablöse.

Erledigung

Bgm. Resel eröffnet die Sitzung, zu der die Einladung rechtzeitig mittels Kurrende ergangen ist. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates sowie die erschienenen Zuhörer.

Bgm. Resel berichtet, dass der Tagesordnungspunkt 7.) auf Grund noch ausstehender Gespräche von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden soll.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 7.) wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmung: Einstimmig.

Gegen die nunmehr festgesetzte Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1.) - Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls.

Das Protokoll der 12. Gemeinderatssitzung vom 24.06.2006 wird von den anwesenden Klubsprechern genehmigt und unterfertigt.

Punkt 2.) - Beratung und Beschlussfassung über Wahrung der öffentlichen Interessen; Fa. Schneck - Kieszwischenlager, Abstellplätze für LKW und PKW in der Oberndorfer Straße.

Die Bezirkshauptmannschaft Melk ersucht um Mitteilung der Gemeinde, ob bei der Änderung der Betriebsanlage „Kitzwögerer“ in der Oberndorfer Straße durch Errichtung und Betrieb eines Kieszwischenlagers sowie von Abstellplätzen für LKW und PKW durch die Fa. Schneck öffentliche Interessen berührt werden. Bei der gewerbebehördlichen Verhandlung durch die BH Melk wurden keine Einwendungen vorgebracht.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Durch gegenständliche Betriebsanlage werden keine öffentlichen Interessen berührt.

Beschluss

Der Antrag des Gemeindevorstandes wird angenommen.

Abstimmung: einstimmig.

**Punkt 3.) - Beratung und Beschlussfassung über Wahrung der öffentlichen Interessen;
Handelszentrum ÖKO REAL GmbH. in Ruprechtshofen.**

Die Bezirkshauptmannschaft Melk ersucht um Mitteilung der Gemeinde, ob durch die Errichtung eines Handelszentrums (Einkaufszentrum) samt technischer Ausstattung und eines Parkplatzes durch die ÖKO Real GmbH. in Ruprechtshofen, Hauptstraße, öffentliche Interessen berührt werden. Die gewerbebehördliche Verhandlung sowie Bauverhandlung wurde durch die BH Melk ebenfalls bereits abgehalten. Die Anrainerstellungnahmen wurden bei dieser Verhandlung behandelt.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Durch gegenständliche Betriebsanlage werden keine öffentlichen Interessen berührt.

Beschluss

Der Antrag des Gemeindevorstandes wird angenommen.

Abstimmung: einstimmig.

Punkt 4.) - Beratung und Beschlussfassung betreffend Absichtserklärung zur Teilnahme am Förderprogramm LEADER.

Bgm. Resel berichtet über die Besprechung vom 29. Mai 2006, an welcher Gemeinden aus dem Bezirk Melk und Teilen des Bezirkes Scheibbs teilgenommen haben.

Die Gemeinden dieser Region müssten sich um das LEADER Programm bewerben, um in den Genuss des künftigen Regionalförderprogramms zu kommen.

Das Regionalmanagement Mostviertel bietet für die Ausarbeitung eines Entwicklungsplans seine Mithilfe an. Die Kosten würden nach Finanzkraft und Einwohnerzahl auf die Gemeinden aufteilt (Anteil St. Leonhard am Forst Euro 2.074,07). Sollte die Einreichung positiv verlaufen, so ist eine Förderung für diesen Betrag und damit ein Rückfluss zu erwarten. Es liegt aber auch an den Gemeinden und der Kleinregionen selbst Projekte anzudenken und zu initiieren, wie z.B. derzeit aktuell das Thema „Krumpe“.

Gde.Rat Wolf findet es für nicht richtig, dass ein Verein bzw. eine Institution mit bezahlten Arbeitskräften als Drehscheibe für Förderungen fungieren soll. Die Gemeinden bzw. Regionen sollten direkt zu Förderungen gelangen.

Weiters urgiert Gde.Rat Wolf wiederum eine Leistungsbilanz vom Regionalmanagement Mostviertel. Die übermittelte Unterlagen (CD) sei seiner Meinung nach reine Werbung.

Bgm. Resel wird beim Regionalmanagement Unterlagen anfordern, wo bisher geförderte Projekte für den Bereich St. Leonhard am Forst dargestellt sind.

Gde.Rat Riedl kritisiert die organisatorische Abwicklung für Leader Projekte bzw. werde das Regionalmanagement, das bisher für die Inanspruchnahme von Förderungen zuständig war, seiner Meinung nach umgangen.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Verabschiedung einer Absichtserklärung zur Teilnahme am Förderprogramm LEADER (2007 bis 2013).

Beschluss

Der Antrag des Gemeindevorstandes wird angenommen und der Inhalt der Absichtserklärung genehmigt

*Absichtserklärung
zur Teilnahme am Förderprogramm LEADER
(2007 bis 2013)*

Wir erklären hiermit unsere Absicht, die Gründung einer Lokalen Aktionsgruppe (LAG) zur Umsetzung des Programms Ländliche Entwicklung – Achse 3, LEADER (2007 – 2013) in geeigneter Rechtskonstruktion zu unterstützen bzw. nach Ausarbeitung eines regionalen Entwicklungsplanes uns in weiterer Folge an dieser zu beteiligen.

Die LAG übernimmt die Aufgabe, gemeinsam einen regionalen Entwicklungsplan zu erarbeiten, diesen in weiterer Folge im Gemeinderat und beim Amt der NÖ. Landesregierung zur Beschlussfassung und Genehmigung vorzulegen und nach Genehmigung die Umsetzung im Zeitraum 2007 bis 2013 vorzunehmen. Die mit dieser Aufgabe verbundenen Kosten und Risiken, als auch der Nutzen, werden mit den Beteiligten entsprechend geteilt.

Die Gemeinde beteiligt sich als Vorleistung an den Kosten zur Entwicklung des regionalen Entwicklungsplans mit Euro 2.074, 07.

Bei Aufnahme der lokalen Aktionsgruppe in das Leader-Programm werden die Entwicklungskosten seitens des Amtes der NÖ. Landesregierung gefördert und ins Startbudget der LAG eingerechnet.

Zum Zweck der Erarbeitung des regionalen Entwicklungsplans für die LEADER Gruppe werden wir das Regionalmanagement Mostviertel unterstützen und benötigte Informationen zur Verfügung stellen.

Auch in weiterer Folge werden wir hinsichtlich LEADER Organisation eng mit dem Regionalmanagement kooperieren.

Abstimmung: 16 JA-Stimmen, 1 Gegenstimme (Gde.Rat Wolf),
1 Stimmenthaltung (Gde.Rat Riedl).

Punkt 5.) - Beratung und Beschlussfassung über eine Vereinbarung mit dem Gemeindeverband betreffend Altstoffsammelzentrum.

Auf Basis des bereits gefassten Grundsatzbeschlusses liegt nunmehr ein Entwurf einer Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb eines Altstoffsammelzentrums in der KG Zwerbach (Standort bei gemeinsamer Kläranlage in Zinsenhof) vor.

Vertragspartner sind der GVU Mank und die beteiligten Gemeinden Ruprechtshofen, St. Leonhard am Forst und Zelking-Matzleinsdorf.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Genehmigung des vorliegenden Entwurfes einer Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb eines Altstoffsammelzentrums.

Beschluss

Der Antrag des Gemeindevorstandes wird angenommen und der Inhalt der Vereinbarung genehmigt

VEREINBARUNG
über die
ERRICHTUNG und den BETRIEB
eines
ALTSTOFFSAMMELZENTRUMS
in
KG Zwerbach 14083 EZ 84, Parz. 32

Präambel

Der Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk Melk, vertreten durch den Obmann Herrn DI Martin Leonhardsberger und dem Geschäftsführer, Herrn Alois Hubmann, mit dem Sitz in 3240 Mank, Wieselburger Straße 2 (in Folge „GVU“ genannt), vereinbaren mit den angeführten Gemeinden (im Folgendem „Gemeinden“ genannt) die Errichtung und den Betrieb eines Altstoffsammelzentrums (im Folgendem „ASZ“ genannt).

Beteiligte Gemeinden:

Marktgemeinde Ruprechtshofen

Marktgemeinde St. Leonhard/F.

Gemeinde Zelking Matzleinsdorf

Mit Beschluss durch den Vorstand des GVU Melk vom 22. Nov. 2005 wurde die Errichtung und der Betrieb von Altstoffsammelzentren beschlossen.

Für den Betrieb eines ASZ ist es erforderlich, dass bauliche Anlagen und technische Vorrichtungen dafür errichtet werden.

Die Bürger haben damit die Möglichkeit ihre Abfälle und Altstoffe bei diesen Zentren kostenlos abzuliefern. Damit bei der Anlieferung eine Vorsortierung und Trennung dieser Abfälle und Altstoffe möglich ist, sind die dafür baulichen und technischen Anlagen erforderlich. Es steht jedem Bürger frei, an welches ASZ er seine Altstoffe abliefert. Es ist geplant dass im Bezirk Melk zehn ASZ errichtet werden

Erstens: Liegenschaft und Betrieb des Altstoffsammelzentrums

Der GVU errichtet und betreibt auf der Liegenschaft KG Zwerbach EZ 84, Parz. 32 ein ASZ. Diese Liegenschaft steht im Eigentum von:

*Marktgemeinde Ruprechtshofen
Hauptplatz 1
3244 Ruprechtshofen*

*Marktgemeinde St. Leonhard/F.
Hauptplatz 1
3243 St. Leonhard*

Der Liegenschaftseigentümer gibt für die Errichtung und den Betrieb des ASZ hiermit seine uneingeschränkte Zustimmung.

Bei der Errichtung des ASZ werden vom GVU alle baurechtlichen und umweltrechtlichen Bestimmungen und Auflagen eingehalten. Die Errichtungskosten und die Betriebskosten werden auch vom GVU getragen.

Der GVU hat mit dem Grundstückseigentümer einen Bestandvertrag über die Errichtung eines Superädifikats für den Betrieb eines ASZ abgeschlossen.

Zweitens: Laufzeit der Vereinbarung

Der GVU und die Gemeinden vereinbaren hiermit verbindlich, dass die Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb des ASZ mindestens für eine Laufzeit von 25 Jahren Gültigkeit hat.

Die Laufzeit dieser Vereinbarung beginnt mit der Eröffnung des ASZ. Nach einer Dauer von 25 Jahren können sowohl der GVU als auch die Gemeinden eine Verlängerung dieser Vereinbarung beschließen. Dazu ist die Zustimmung beider Vertragsparteien erforderlich.

Die erstmalige Aufkündigung dieser Vereinbarung ist nach einer Laufzeit von 25 Jahren möglich: Die Kündigung hat mindestens 12 Monate vorher mittels eingeschriebenen Brief zu erfolgen.

Wird seitens der Gemeinden diese Vereinbarung nicht verlängert, so wird dem GVU das Recht eingeräumt, dass der GVU auf dieser Liegenschaft das ASZ weiterbetreiben kann. Im Falle des Fortbetriebes durch den GVU ist an den Liegenschaftsbesitzer ein angemessenes Entgelt für die Benutzung der Liegenschaft zu entrichten.

Drittens: Zusammenarbeit während der Laufzeit dieser Vereinbarung

Die Vertragsparteien vereinbaren hiermit verbindlich, dass während der Laufzeit von den Gemeinden kein eigenes ASZ errichtet und betrieben wird. Auch dürfen sich die Gemeinden keinem anderen ASZ anschließen oder eine andere Altstoffsammlung selbst durchführen.

Der GVU verpflichtet sich während der Laufzeit des Vertrages das ASZ nach diesen Vereinbarungen zu betreiben.

Viertes: Errichtungs- und Betriebskosten

Der GVU errichtet auf dem unter Punkt „Erstens“ beschriebenen Grundstück ein ASZ. Die Errichtungskosten für das ASZ werden vom GVU getragen.

Die Kosten für den laufenden Betrieb und die Entsorgung der gesammelten Abfälle und Altstoffe werden vom GVU getragen.

Fünftens: Einhaltung aller Vorschriften und Auflagen

Der GVU verpflichtet sich bei der Errichtung und dem Betrieb des ASZ alle Gesetzes- und Umweltauflagen einzuhalten bzw. zu erfüllen und den Grundeigentümer sowie die Gemeinden diesbezüglich klag- und schadlos zu halten.

Sechstens: Öffnungszeiten

Jedes ASZ soll an einem Tag in der Woche geöffnet haben. Die Festlegung der Öffnungszeiten obliegt dem GVU. Zu diesen Öffnungszeiten wird vom GVU ein geschultes Personal für die Überwachung und den Betrieb der ASZ bereit gestellt. Der GVU ist verantwortlich, dass an Wochentagen immer mindestens zwei ASZ im Verbandsgebiet geöffnet sind.

Für die Entsorgung der angelieferten Altstoffe ist der GVU verantwortlich, er hat auch dafür die anfallenden Kosten zu tragen.

Siebtens: Beendigung des Betriebes eines ASZ

Wie im Bestandsvertrag geregelt, wird der Betrieb des ASZ nach der Vertragslaufzeit beendet und vom GVU nicht mehr betrieben, dann gehen die auf diesem Grundstück errichteten Anlagen in das Eigentum des Liegenschaftsbesitzers ohne Bezahlung einer Entschädigung über. Über Verlangen des Liegenschaftseigentümers muss der GVU die Baulichkeiten von der Liegenschaft auf Kosten des GVU entfernen.

Achtens: Kosten der Liegenschaft

Das Grundstück auf dem das ASZ errichtet wird, kann von einer Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Wird jedoch für diese Liegenschaft ein Bestandzins an den GVU verrechnet, so werden diese Kosten vom GVU an die beteiligten Gemeinden weiterverrechnet.

Die Aufteilung dieser Grundstückskosten erfolgt nach dem Aufteilungsschlüssel der Einwohnerzahlen (Basis letztgültige Volkszählung) der einzelnen beteiligten Gemeinden. Auf Basis der Volkszählung 2001 ergibt sich folgender Verteilungsschlüssel:

Gemeinde	Einwohner (VZ 2001)	Kosten	
Ruprechtshofen		€ 0,00	
St. Leonhard/F.		€ 0,00	
Zelking-Matzleinsdorf		€ 0,00	
		€ 0,00	exkl. MWSt.

Sollten während des Bestandes des ASZ neue Volkszählungen durchgeführt werden, so ist der Schlüssel entsprechend der aktuellen Einwohnerzahlen neu aufzuteilen.

Neuntens: Vorzeitige Beendigung dieser Vereinbarung

Werden vom Gesetzgeber oder von der Verbandsversammlung Änderungen beschlossen, die es dem GVU nicht mehr ermöglichen das ASZ zu betreiben, so kann diese Vereinbarung durch den GVU auch vorzeitig aufgelöst werden.

Diese Vereinbarung kann auch vorzeitig aufgelöst werden, wenn sowohl der GVU als auch die Gemeinden einvernehmlich beschließen das ASZ nicht mehr zu betreiben. Auch in diesem Fall muss die Verbandsversammlung eine vorzeitige Beendigung beschließen.

In einem derartigen Fall gehen die errichteten Baulichkeiten und Anlagen entschädigungslos an den Grundstückseigentümer über.

Zehntens: Wertsicherungsklausel

Alle eventuell in dieser Vereinbarung genannten Beträge sind in Euro und wertgesichert.

Als Wertmaßstab gilt hiebei der von der Statistik Austria verlaubliche Verbraucherpreisindex 2000 oder eines Nachfolgeindex. Als Maßstab für die Berechnung der Wertsicherung ist die für den Monat der Vertragsunterfertigung verlaubliche Indexzahl heranzuziehen. Schwankungen der Indexziffer bleiben unberücksichtigt, solange sie jeweils 5% nicht übersteigen. Bestandzinsänderungen auf Grund dieser Bestimmungen sind von der Vertragspartei zu beantragen, zu deren Gunsten die Änderung erfolgen soll.

Bei Neufestsetzung des Bestandzinses ist die volle Schwankung der Indexzahl zu berücksichtigen, wobei die Indexzahl des dem Einlangen des Antrages vorangegangenen Monates als Grundlage zu dienen hat.

Eine weitere neuerliche Änderung des Bestandzinses erfolgt nur dann, wenn nach Neufestsetzung des Mietzinses wieder eine Schwankung um mindestens 5% eintritt

Elftens: Schiedsgericht

Alle Unstimmigkeiten aus dieser Vereinbarung und aus den Rechtsverhältnissen der Vertragspartner untereinander sind soweit dies nach dem Gesetz zulässig ist, unter Ausschluss des Rechtsweges durch ein Schiedsgericht zu regeln. Das Schiedsgericht besteht aus drei Schiedsrichtern von denen jeweils einer durch jede Streitpartei nominiert wird. Diese beiden Schiedsrichter haben sich sodann innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen auf einen dritten Schiedsrichter als Vorsitzenden zu einigen. Der Vorsitzende muss über eine qualifizierte, kaufmännisch – technische und wirtschaftliche Ausbildung und Erfahrung verfügen. Im Nichteinigungsfall über die Wahl des Vorsitzenden entscheidet hierüber der Landeshauptmann oder eine von ihm beauftragte Person. Das Schiedsgericht entscheidet auf der Grundlage des österreichischen Rechts. Für das Verfahren gelten die Bestimmungen der Zivilprozessordnung.

Abstimmung: einstimmig.

Punkt 6.) - Beratung und Beschlussfassung über eine Auftragsvergabe im Zusammenhang mit der Sanierung des Hochbehälters Riegers.

Ergänzend zum bereits gefassten Beschluss der Auftragsvergabe der Sanierung des Hochbehälters Riegers soll ein Stromanschluss hergestellt und der Behälter in das vorhandene Fernwirkssystem eingebunden werden.

Das Büro Groissmaier&Partner hat ein Angebot von der Fa. Hereschwerke eingeholt, welches auf dem Urangebot vom 22.6.2004 betreffend die WVA Ruprechtshofen-Bergland aufbaut. Die Angebotspreise sind durchwegs vom Urangebot übernommen und wurden in einigen Punkten auf die elektrotechnische Ausrüstung des Hochbehälters Riegers abgestimmt. Es wird empfohlen die elektrotechnische Ausrüstung des Hochbehälters Riegers an die Fa. Hereschwerke Automation GmbH., 3244 Ruprechtshofen, zu einem Angebotspreis von Euro 28.251,60 exkl. MWSt. zu vergeben. Die Vergabe erfolgt in Form einer Direktvergabe. Abgerechnet wird über die vorhandene Wassergemeinschaft St. Leonhard am Forst – Ruprechtshofen.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Auftragsvergabe der elektrotechnischen Ausrüstung des Hochbehälters Riegers an die Fa. Hereschwerke Automation GmbH., 3244 Ruprechtshofen, zu einem Angebotspreis von Euro 28.251,60 exkl. MWSt..

Beschluss

Der Antrag des Gemeindevorstandes wird angenommen.

Abstimmung: 1 Gegenstimme (Gde.Rat Wolf).

Punkt 7.) - Genehmigung einer Vereinbarung betreffend Erdaushubdeponie.

Von der Tagesordnung abgesetzt !

Punkt 8.) - Genehmigung von Veranstaltungen im Schlosspark.

Der Verkehrsverein und das Komitee Newcomer Festival melden folgende Veranstaltungen im Schlosspark und ersuchen die Gemeinde um Stellungnahme:

Parkheuriger 2006 am 5. August 2006

Newcomer Festival 2007 am Freitag 4. Mai und Samstag 5. Mai 2007

Weitere Veranstaltung:

Melktaler Gartenfachtage 2007 vom 7. bis 10. Juni

Gde.Rat Ing. Eßmeister schlägt für künftige Parknutzungen ein Neukonzept vor. Die Entscheidungen des Gemeinderates sollten besser nachvollziehbar sein.

Vizebgm. Beigelbeck berichtet in diesem Zusammenhang, dass das Sommerkonzert beim Schlossparklauf auf Grund von Regenfällen ausgefallen ist.

Die Gemeinde sollte die Kosten für ein Sommerkonzert im Rahmen des Parktheaters im August übernehmen. Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden.

Beschluss

Genehmigung der vorliegenden Veranstaltungen. Weiters soll im Herbst über ein künftiges Nutzungskonzept im Ausschuss beraten werden.

Abstimmung: einstimmig.

Punkt 9.) - Beratung und Beschlussfassung über die Übernahme einer Wehranlage.

Im Zuge des wasserrechtlichen Überprüfungs- bzw. Erlösungsverfahrens der Wasserkraftanlage Etlinger-Mühle (Ing. Mattes Gerhard und Viktoria) durch die BH Melk hat der Vertreter der Verwaltung des öffentlichen Wassergutes erklärt, dass gegen die Hinausgabe des Lösungsbescheides unter der Voraussetzung kein Einwand besteht, dass die weitere Erhaltung der auf öffentlichem Wassergut verbleibenden Wehranlage an einen Dritten übertragen wird. Auf Grund der Tatsache, dass die Thalbrücke beim Anwesen Grabner in Thal mit dieser Wehranlage im unmittelbaren Zusammenhang steht und die Brücke in die Erhaltungspflicht der Marktgemeinde steht, sollte auch die auf öffentlichem Wassergut befindliche Wehranlage in die Erhaltungspflicht der Marktgemeinde übergehen. Die Behörde (Bezirkshauptmannschaft Melk) erwartet einen diesbezüglichen Gemeinderatsbeschluss, damit das Verfahren zum Abschluss gebracht werden kann. Gf.Gde.Rat Schönbichler ergänzt dazu, dass keine unmittelbaren Kosten damit verbunden sind und an der Wehranlage keine Veränderungen vorgenommen werden dürfen – dies auch zum Schutz der vorhandenen Brücke.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Übernahme der Erhaltungspflicht der auf öffentlichem Wassergut (Gdst. Nr. 1547, KG Ritzengrub) befindlichen Wehranlage, wenn keine unmittelbaren Kosten damit verbunden sind und an der Wehranlage keine Veränderungen vorgenommen werden dürfen – dies auch zum Schutz der vorhandenen Brücke.

Beschluss

Der Antrag des Gemeindevorstandes wird angenommen.

Abstimmung: einstimmig.

Punkt 10.) - Beratung und Beschlussfassung über Nachmittagsbetreuung von Volksschulkindern im Kindergarten sowie Neufestsetzung von Elternbeiträgen.

Auf Grund der bereits vorliegenden Ergebnisse der Besprechungen und der durchgeführten Befragung in der Volksschule hat man sich darauf geeinigt, dass im Kindergarten St. Leonhard am Forst die besseren Voraussetzungen für die Nachmittagsbetreuung von Volksschulkindern gegeben sind.

Gf.Gde.Rat Lechner berichtet über die letzte Ausschusssitzung. Eine Nachmittagsbetreuung könnte bis 17.00 Uhr angeboten werden (Montag bis Freitag). Dafür müssten auch entsprechende Stundenaufstockungen um 5 Std. pro Woche durchgeführt werden (Frau Mold auf 40 Std. pro Woche, Frau Hintersteiner die restl. Stunden). Die Nachmittagsbetreuung sollte ab 3 fix angemeldeten Kindern gestartet werden. Ab 15 Kinder müsste die Volksschule die Nachmittagsbetreuung auf Grund gesetzlicher Grundlagen übernehmen.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Grundsatzbeschluss für die Einführung der Nachmittagsbetreuung von mindestens 3 Volksschulkindern aus dem Gemeinden St. Leonhard am Forst und Ruprechtshofen im Kindergarten St. Leonhard am Forst, vorerst befristet auf 1 Jahr unter Berücksichtigung der Änderungen im Personalbereich (Stundenaufstockung).

Beschluss

Der Antrag des Gemeindevorstandes wird angenommen.

Abstimmung: einstimmig.

Weiters berichtet Gde.Rat Lechner, dass im Vergleich zu ein paar Jahren die Zahl der transportierten Buskinder im Kindergarten rückläufig ist. Die gefahrenen Kilometer bzw. die Entschädigung an das Transportunternehmen verändern sich geringfügig. Daher muss die Gemeinde einen immer höher werdenden Restbeitrag von derzeit rund 60 % (Eltern und Land NÖ je 20 %) übernehmen.

Das Busgeld (Elternbeiträge für Transport) soll wie folgt ab dem nächsten Kindergartenjahr angehoben werden (letzte Erhöhung im Jahr 2002):

Halbfahrt Euro 1,-- (derzeit 0,80)

Fahrt pro Tag Euro 1,30 (derzeit 1,09) jeweils exkl. 10 % USt.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Anhebung des Busgeldes soll zugestimmt werden.

Beschluss

Der Antrag des Gemeindevorstandes wird angenommen.

Abstimmung: einstimmig.

Punkt 11.) - Beratung und Beschlussfassung über Subventionsansuchen.

Folgende Subventionsansuchen sind eingelangt:

Billard-Sportverein

Clubdressen, Neusbepannung Tische; gesamt ca. 3.000 Euro.

Letzter Zuschuss: ATS 5.000,-- im Jahr 2001

Vorschlag Ausschuss: Euro 500,--

Beschluss

Genehmigung einer Subvention in Höhe von Euro 500,--.

Abstimmung: 15 JA-Stimmen, 1 Gegenstimme (Gde.Rat Wolf),
2 Stimmenthaltungen (Gde.Rat Ing. Eßmeister, Gde.Rat Löcker).

Fair Point

Zuschuss für Öffentlichkeitsarbeit, Euro 1.000,--

Bgm. Resel beantragt eine Förderung in Höhe von Euro 500,--

Beschluss

Genehmigung einer Subvention in Höhe von Euro 500,--

Abstimmung: 15 JA-Stimmen, 2 Gegenstimmen (Vizebgm. Beigelbeck und Gde.Rat Wolf)
1 Stimmenthaltung (Gde.Rat Hürner)

Vizebgm. Beigelbeck begründet seine Gegenstimme damit, dass nach Aufforderung das gemeinsame Antragsformular nicht ausgefüllt wurde und der Gemeinderat entschieden hat, dass nur Projekte nach Abrechnung gefördert werden.

Rat&Hilfe, Geschäftsleitung St. Pölten

Vorschlag Ausschuss: keine Förderung

Beschluss

Keine Subvention

Abstimmung: einstimmig.

VW&Audi Club Bulls

3. Int. VW- und Audi Treffen, Euro 500,--

Vorschlag Ausschuss: Für Veranstaltungen keine Subvention, jedoch für Lustbarkeitsabgabe laut Richtlinie möglich.

Beschluss

Das Subventionsansuchen für 500,-- Euro als Zuschuss für das 3. Int. VW- und Auditreffen wird abgelehnt. Auf die Möglichkeit einer Teilrefundierung der Lustbarkeitsabgabe soll der Veranstalter hingewiesen werden.

Abstimmung: einstimmig.

Gde.Rat Wolf begründet seine Gegenstimmen bei diesem Tagesordnungspunkt damit, dass keine Förderliste (Auflistung der letzten Jahre) der Beschlussfassungen zu Grunde lag.

Bgm. Resel beauftragt Herrn Vizebgm. Beigelbeck diese Gegenüberstellung der letzten 2 Jahre bei künftigen Entscheidungen dem Gemeinderat vorzulegen.

Die Subventionsansuchen von Leckawossa und Landjugend Leonhofen betreffen eine Teilrefundierung der Lustbarkeitsabgabe und werden nach den Richtlinien im Gemeindevorstand behandelt.

Punkt 12.) - Berichte der Ausschussobleute.**Bgm. Resel:**

Naherholungsgebiet Hiesberg – Gespräche mit den anrainenden Gemeinden, Tourismusverband und den Grundbesitzern - Markierung von Wanderwegen geplant,
Hr. Handl Franz – Rohkonzept von einem Folder und Buch (Vermarktung des Hiesberges)
Kontakt mit einem Landschaftsplaner, welcher im Zusammenhang mit dem Retentionsbecken beim Hochwasserschutz Urbach die Möglichkeit eines Landschaftsteichs prüfen und kostenmäßig darstellen wird

Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung:

Teppiche für Kindergarten

Streifarbeiten im Kindergarten (4 Holzbalken)

Wasserversorgung – Schließanlagen system gemeinsam mit der Gemeinde Ruprechtshofen

Abschluss einer Rechtsschutzversicherung für sämtliche Gemeindefahrzeuge

Begrenzungs- und Haltelinie zur L 105 auf der Gemeindestraße ‚Hauptplatz‘

Asphaltierung Eisguggen – Zufahrt besteht, eine Zweitzufahrt wird nicht gefördert

Anschaffung von Rohren für einen Wassergraben in Harbach

Katastrophenschäden nach Starkregenereignis – geschätzt mit 9.000 Euro

Hochwasserschutz Großweichselbach – die Grundeigentümer stellen den Grund für das geplante Projekt zur Verfügung – der forsttechnische Dienst/Wildbachverbauung kann somit mit der Planung beginnen

Fa. Rauner führt im Auftrag der EVN Grabungsarbeiten in der Badstraße durch

Vizebgm. Beigelbeck:

17. Juli – Gewerbliche Überprüfungsverhandlung im Freibad

6. Juli – Bericht über die Verkehrsverhandlung (Geschwindigkeitsbeschränkungen in Lunzen und Geigenberg)

22. Juni – Spiel- und Turngeräte wurden überprüft und eine Mängelliste erstellt

Baufortschritt Hauptschule – derzeit Sanierungsarbeiten im Altbestand

Gf. Gde. Rat Eder:

Fördergelder für die Katastrophenschäden aus dem Jahr 2005 wurden bewilligt und ausbezahlt
Brücke Thal – beim letzten Hochwasser mussten Holzstämmen mittels LKW-Kran entfernt werden (Gefahr in Verzug)

Zufahrt Mohr, Reith – der Straßeneinlauf wird mit einem Eisengitter gesichert (wurde von der Gemeinde in Auftrag gegeben)

Gde.Rat Hürner:

Im Zusammenhang mit der beschlossenen Maßnahme einer Begrenzungs- und Haltelinie zur L 105 auf der Gemeindestraße ‚Hauptplatz‘ wird auf Grund einiger Unfälle mit Personenschäden eine Einbahnstraße angeregt.

Gf.Gde.Rat Motusz:

Die Baumängel im Freibad wurden besichtigt und notdürftig hergerichtet
Die Wasseruntersuchung vom Badebecken war wieder in Ordnung
Schriftverkehr mit UNION-Tennis betreffend zusätzlicher Tennisplätze
Notwendiges Gespräch mit FC Leonhofen wegen Sanierungsarbeiten und Förderungen

Gde.Rat Ing. Eßmeister:

Potentialabschätzung Krumpe – Unterlagen wurden gut aufbereitet und Lösungsvorschläge ausgearbeitet – nächster Termin am 7. September wegen Schienenprojekt (mit einer Probefahrt)

Gf.Gde.Rat Schönbichler:

Hochwasserschutz Großweichselbach – Unterschriften der Grundeigentümer wurden eingeholt
Teilnahme an Wasserrechtsverhandlungen (Vollbiologische Kläranlage Linsberger, Sandeben und Brunnen Großweichselbach, Tracerversuch)

Gf.Gde.Rat Gruber:

Sommerferienspiel – guter Start, bereits 3 Termine fanden statt
20. Juli – ORF Sommertour, Liveschaltung um 19 Uhr
27. Juli – Galaabend mit Chinesischen Gästen, Beginn ca. 18 Uhr;
Teilnahme und Mithilfe des Gemeinderates erwünscht
29. Juli – nächstes Sommerkonzert bei Kochberger Anton, Beginn 19.30 Uhr

Dieses Protokoll bedarf der Genehmigung durch den Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung !